

## SHORT NEWS

**Fall Carlberg: Unilux sendet zweideutige Signale**

Rektor Rolf Tarrach hatte es anlässlich der Pressekonferenz am Donnerstag vergangener Woche bestätigt: Gegen den Professor für Bioinformatik Carsten Carlberg läuft ein Verfahren mit dem Ziel, ihn aus seiner Professur an der Luxemburger Uni zu entlassen. Wie ein knappes Kommuniqué der Uni erklärt, kam eine internationale Expertenkommission „zu dem Schluss, dass dem Wissenschaftler zwar keine vorsätzliche Manipulation von Forschungsergebnissen vorzuwerfen ist, er als Hauptautor der Publikationen jedoch die Hauptverantwortung für die zurückgezogenen Beiträge trage“. Carlberg, der neben seiner Professur an der Uni Luxemburg auch eine 50-Prozent-Stelle an der Universität von Ost-Finnland innehat, „habe zudem seine Forschungsgruppe und seine Doktoranden in Luxemburg nicht den internationalen Standards entsprechend betreut und geführt“. Auch bezüglich anderer Publikationen soll das Expertenteam bestehend aus Thomas Sommer (Max Delbrück Center für Molekularmedizin, Berlin), Frank Grosveld (Erasmus Medical Center, Rotterdam) und Pere Puigdomènech (Center for Research in Agricultural Genomics, Barcelona) Bedenken geäußert haben. Auslöser war das Zurückziehen von zwei unter der Verantwortung von Carlberg erstellter wissenschaftlicher Artikel, bei denen eine Mitarbeiterin Datenreihen manipuliert hatte. Nachdem die Informationen um das eingeleitete Entlassungsverfahren in der Presse auftauchten, solidarisierten sich 16 internationale Wissenschaftler in einem Brief an die Luxemburger Uni mit Carlberg, der auf entsprechenden internationalen Indizes hochnotiert ist. Carlbergs Fakultät in Luxemburg desolidarisiert sich allerdings von ihrem Kollegen und schreibt auf der Internetseite der „Life Science Research Unit“, dass sie sich in ihrer täglichen Arbeit höchsten wissenschaftlichen Standards verschrieben hätten und sich von den inkorrekten Arbeitsmethoden, wie sie in der Affäre Carlberg beschrieben wurden, distanzieren. Ganz anders der administrative Direktor der Uni Eric Tschirhart: In einer Reaktion auf verschiedene Postings im Internet Blog „Retraction Watch“, der das Zurückziehen der von Carlberg verantworteten Artikel erstmals öffentlich gemacht hatte, meinte der designierte Vizedirektor der Universität Luxemburg, es sei noch gar nicht sicher, dass Carlberg entlassen würde. Das klingt fast so als ob Tschirhart seinem Rektor in den Rücken fallen würde. Der hatte sich bei der Vergabe des Untersuchungsberichtes eine schnelle Aufklärung erwünscht, da er befürchtete die junge Uni könne Schaden nehmen, wenn die Dinge im Sande verlaufen. Tschirhart seinerseits hat als administrativer Direktor die Aufgabe darüber zu wachen, dass die auswärtigen Tätigkeiten der Uni-Mitarbeiter in einem überschaubaren Rahmen bleiben. Er hat demnach Carlbergs Engagement in Finnland genehmigt, obwohl üblicherweise nur 60 bis 90 Jahrestunden für festangestellte Professoren vorgesehen sind. War Carlberg wegen seiner Doppelprofessur und den damit verbundenen Aufsichtspflichten überfordert? Gerade darauf deuten das Uni-Kommuniqué und die über die Presse kolportierten Passagen aus dem Experten-Bericht hin.

**Gleichmacherei so schön**

Die Stadt Luxemburg gibt sich alle Mühe mit der Professionalisierung und feilt weiterhin am coolen Image. Nachdem sie mit Versprechen wie Vielfalt, Gastfreundschaft, Freundlichkeit und Toleranz - versinnbildlicht im Logo „multiplicity“ - bei den TouristInnen und InvestorInnen zu punkten versuchte, steht nun ein weiteres Facelifting auf dem Programm: Eine einheitliche Terrassen-Gestaltung soll her, zuerst auf der Place d'Armes, danach auch auf dem Knuedler und der Place de Paris. „Als erster Schritt hin zu mehr Harmonisierung“, wie es heißt. Natürlich ist es durchaus so, dass der Charme einer Stadt eng mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes verknüpft ist, den Plätzen, Brunnen, Denkmälern und Kunstwerken, die zum städtischen Mobiliar gehören. Dazu zählen auch die Sitzgelegenheiten der Cafés. Doch warum eine einheitliche Gestaltung? Als diese Charta im Jahr 2010 vorgestellt wurde, stieß sie nicht bei allen Gaststättenbetreibern auf Begeisterung - wegen der anfallenden Kosten, aber auch wegen der marktstrategischen Abgrenzung, die jeder Betreiber für sich beansprucht. Und die Kunden? Liebt nicht letztlich jeder und jede irgendwo doch die Eigenart - etwa wenn das eigene Bierchen auf dem wackeligen Plastikstisch serviert wird, auf dem ein vergilbtes Stoffblumensträußchen in einer billigen Vase steckt? Natürlich lässt die Qualität einiger Betreiber zu wünschen übrig - aber muss deshalb die Stadt mehr einer Marke, einem Möbelladen entsprechen als dem Gusto individueller Entscheidungen?

## AKTUELL

## REFORM DES KOOPERATIONSGESETZES

**Ziviler Ungehorsam**

Richard Graf

**Im März deponierte die Regierung ein neues Entwicklungshilfegesetz. Das Endprodukt wurde vom Cercle des ONGD gewogen und als zu leicht befunden.**

Gut fünfzehn Jahre sind seit der letzten Revision des Luxemburger Entwicklungshilfegesetzes vergangen. Inzwischen ist einiges passiert: Luxemburg hat sein Kooperationsbudget kontinuierlich erhöht und ist dem exklusiven Club der Nationen beigetreten, die - wie schon 1970 versprochen - mindestens 0,7 Prozent ihres Brutto-sozialprodukts für Entwicklungshilfe einsetzen. Vor kurzem wurde sogar die Ein-Prozent Marke überschritten.

Das Gros der von Luxemburg getätigten bilateralen Hilfe wird von Lux-Development abgewickelt, einer privatrechtlichen Einrichtung, die inzwischen zur Gänze dem Staat gehört. Seit den 90er Jahren setzt Luxemburg seine Mittel auch gezielter ein und hat mit rund zehn Zielländern sogenannte PICs - programmes indicatifs de coopération - vereinbart, die über mehrere Jahre laufen und Rechte und Pflichten beider Seiten festlegen. Und auch in der multilateralen Entwicklungshilfe operiert Luxemburg trotz seiner, in absoluten Zahlen gemessen, eher bescheidenen Möglichkeiten inzwischen mit einer gewissen Routine.

Es wäre also an der Zeit gewesen, die Gesetzgebung diesen veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Schon 2002 hatten die sozialistischen Abgeordneten Lydie Err (Ende der 1990er Jahre Staatssekretärin im Kooperationsministerium) und Marc Angel eine Gesetzesinitiative vorgelegt, in der die neuen Strukturen der Luxemburger Entwicklungshilfe genauer beschrieben waren. Als im vergangenen Jahr der Staatsrat den AutorInnen über weite Strecken eine gute Arbeit bescheinigte, kündigte das Kooperationsministerium an, selber eine Gesetzesreform vorlegen zu wollen.

In der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Luxemburger Entwicklungs-hilfeorganisationen (ONGD) und des Ministeriums wurden zwar mehrfach die großen Prinzipien der neuen Gesetzgebung diskutiert, doch der eigentliche Gesetzestext wurde den Organisationen so lange vorenthalten, bis er in der Chamber deponiert war. Änderungsvorschläge, geschweige denn eine Neuorientierung des Textes, sind damit nur noch mit dem

parlamentarischen Instrument der Amendements zu realisieren - sofern die VertreterInnen der Koalitionsparteien bereit sind, diesen Weg zu beschreiten.

Dass der Cercle des ONGD die ministerielle Vorlage kritisieren würde, war vorauszusehen (siehe auch woxx 1102), denn anders als der Entwurf von Err und Angel bleibt sie weit hinter den Erwartungen zurück. Weder Lux-Development noch die PICs, weder die Zielländer noch die multilateralen Verpflichtungen finden eine angemessene Erwähnung im neuen Text. Das Argument: Das Gesetz solle so viel Flexibilität wie möglich bieten und lediglich die großen Prinzipien der Luxemburger Förderung darstellen.

Die ONGD zeigen sich in ihrem Gutachten skeptisch, ob diese Strategie langfristig erfolgreich sein wird. Der aktuell vorherrschende positive Grundtenor gegenüber der Entwicklungshilfe habe bislang zwar vieles leichter gemacht. Eine weniger gutgesinnte Mehrheit könnte aber mit einem eher vage abgefassten Gesetz ganz schnell den Hahn wieder zudrehen. Außerdem führten die schon im 1996er Gesetz vorhandenen Ungenauigkeiten zu einer gewissen Beliebigkeit, durch die die Kontrollfunktion der Abgeordnetenkommission empfindlich eingeschränkt werde.

Die ONGD kritisieren ebenfalls, dass das Prinzip der politischen Kohärenz nicht in das neue Gesetz aufgenommen wurde. Es hätte das zuständige interministerielle Komitee dazu verpflichtet, alljährlich einen Bericht über die Luxemburger Gesamtpolitik aus dem Blickwinkel der Entwicklungspolitik zu erstellen - so wie es die OCDE noch im Juli 2010 für Luxemburg verlangt hatte.

Die ONGD haben es sich mit ihrer Kritik am Gesetz nicht leicht gemacht, fordern sie doch, auch für ihre eigene Anerkennung, strengere Richtlinien. Doch dass sie „ihrem“ Ministerium jetzt eine schlechte Note ausstellen müssen, hat dieses wohl sich selber zuzuschreiben. Denn was die Verantwortlichen als zivilen Ungehorsam empfinden, ist ein gesundes Regulativ im demokratischen Zusammenspiel. Und eine Denkanregung für die zuständige Chamberkommission, die die entsprechenden Amendements nur noch abzuschreiben braucht.